

Information zu der gemeinsamen Verarbeitung
„Kraftfahrzeug Zulassung durch Behörden“
gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Wien
Schottenring 7-9
1010 Wien
Telefon: +43 1 31310-0
E-Mail: LPD-W@polizei.gv.at

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herrngasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Führung der bundesweiten Kfz-Zulassung (KFA) durch die Zulassungsbehörden als Verantwortliche im Wege des beim Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO) eingerichteten zentralen Registers für die Kfz-Anmeldung (KFA).

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

§§ 40a, 40b iVm 47 KFG

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Verfahrensdaten werden 7 Jahre ab Abmeldung, Aufhebung, Erlöschen der Zulassung gelöscht

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Bezirkshauptmannschaften, Landespolizeidirektionen und andere Zulassungsstellen; Bundesministerium für Inneres für die zentrale Evidenz für Kraftfahrzeuge; Bundesanstalt „Statistik Österreich“; Militärkommanden; gesetzliche Interessenvertretungen zwecks Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften; Haftpflichtversicherer im EU-Raum, dessen Versicherungsbestätigung der Behörde vorgelegt worden ist; Privatpersonen, die ein rechtliches Interesse glaubhaft machen, auf Anfrage; Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz; der Bundesminister für Inneres als Auftragsverarbeiter; Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs; IBM Österreich - Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.; Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH; Österreichischen Staatsdruckerei GmbH

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSGVO.

Recht auf Auskunft und Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten:

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

 Landespolizeidirektion
Wien

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung besteht gemäß Art. 18 DSGVO.

Das Widerspruchsrecht besteht gemäß Art. 21 DSGVO.